



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das Ministerium Windischgrätz und die Parteien in Österreich

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das Ministerium Windischgrätz und die Parteien in Österreich



ahrhundertlang galt es für ausgemacht, daß die Politik des Aristoteles alle Erscheinungen des Staatslebens umfasse, daß sich jede von ihnen auf eine der Grundformen, die der große Stagirite aufgestellt hat, zurückführen lasse. Es erregte den heftigsten Unwillen aller zunftmäßigen Staatsgelehrten, als Pufendorf die Behauptung wagte, die Verfassung des heiligen römischen Reichs deutscher Nation sei in der „Politik“ nicht enthalten: es war damit eine Umwälzung in den Anschauungen über den Staat eingeleitet, die nicht minder groß und folgeschwer war als die, zu der es auf dem Gebiete der Naturwissenschaft durch die ersten Zweifel an der Unfehlbarkeit der Physik des Aristoteles bereits viel früher gekommen war. Von den folgenden Staatsrechtslehrern haben sich freilich noch manche mit dem Gedanken geschmeichelt, in ihren Systemen eben so unverrückbare Grundlinien für die Theorie vom Staat gezogen zu haben, wie es die Sätze des Euklid für den Geometer sind. Aber allgemeinen Glauben haben sie damit nicht gefunden. Besonders in unserm schnelllebigen Jahrhundert altern solche Systeme und Theorien ungeheuer rasch. Der große Doktrinär Stahl hat in seinen letzten Jahren eine Reihe von Vorlesungen „über die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche“ gehalten, die dann von Freunden aus seinem Nachlaß herausgegeben worden sind und zu den bedeutendsten Erzeugnissen der politischen Litteratur der ersten sechziger Jahre gehören. Wenn man sie aber heute liest, so staunt man, wie wenig das Bild, das darin von den politischen Parteien entworfen wird, mit den heutigen Verhältnissen übereinstimmt, wie wenig erschöpfend die Darstellung ist. Die alten politischen Parteien bestehen ja noch, aber sie haben

sich alle mehr oder weniger verändert, neue sind hinzugekommen, und was das wichtigste ist, die Prinzipienfragen, die damals in erster Linie vereinigend oder scheidend wirkten, thun das heute nicht mehr, andre Interessen als damals stehen im Vordergrund des politischen Lebens, und diese bestimmen die Gruppierung unsrer Parteien. Dies gilt ebenso von Deutschland wie von Frankreich oder England, ganz besonders aber von Österreich.

So lange es einen Parlamentarismus in Österreich giebt, sind die Parteiverhältnisse in diesem Staate verwickelter als irgendwo gewesen, weil die politischen Tendenzen immer von den nationalen vielfach durchkreuzt und getrübt worden sind. Wir haben unter dem Ministerium Taaffe den feudalen Adel Arm in Arm mit den gemäßigt-liberalen Altschechen und mit den radikal-demokratischen Jungtschechen gehen sehen, ihnen gegenüber standen, nicht immer, aber doch häufig, konservative, altliberale und demokratische Deutsche vereinigt. Bei den Polen, den Slowenen, den Italienern war in der Reichsvertretung eine Scheidung nach politischen Grundsätzen gar nicht wahrzunehmen, die nationalen Gesichtspunkte waren ihnen ausschließlich maßgebend. Nun hat sich eine Wandlung vollzogen, aber was einzelne Politiker früher immer gewünscht und von dem nächsten Wechsel in der Regierung immer gehofft haben: eine Parteigruppierung nach den alten politischen Schlagwörtern: konservativ, liberal und demokratisch, das ist nicht eingetreten; die Mehrheit, auf die sich das neue Ministerium stützt, aus der es zum Teil hervorgegangen ist, setzt sich aus Liberalen und Konservativen zusammen. Noch viel weniger ist aber der fromme Wunsch der unverföhllichen Gegner des Deutschtums erfüllt worden, daß sich alle nichtdeutschen Elemente in einer großen Verbindung gegen die Deutschen vereinigen möchten; die neue Mehrheit umfaßt neben dem größten Teile der deutschen Abgeordneten die politisch bedeutendste, einflußreichste und fähigste Gruppe österreichischer Slawen, die Polen; einige Italiener haben sich dazu gesellt. Dagegen vereinigt die Opposition die radikalen Jungtschechen diesmal mit den konservativen Antisemiten; Sozialdemokraten wie Bernerstorfer und Kronawetter ziehen an demselben Strange wie einige Alerikale, die aus dem Hohenwartklub ausgetreten sind, weil sie nicht mit den Deutsch-liberalen verbündet sein wollten, und einen Augenblick schien es, als ob die entschiedensten Verfechter des Deutschtums in Österreich den grimmigsten Feinden dieses selben Deutschtums die Hand zur Bundesgenossenschaft reichen wollten. Waren die alten parlamentarischen Bezeichnungen für die zwei Hauptrichtungen, in denen sich das politische Leben vor drei und vier Jahrzehnten bewegte, schon unter Taaffes Regiment nicht mehr recht zutreffend, so sind sie das vollends nicht mehr, seitdem Fürst Windischgrätz an der Spitze des Kabinetts steht.

Die neue Ara ist zunächst durch eine gemeinsame Abneigung zusammengeführt worden: durch die Abneigung vor allen extremen Bestrebungen, ob sie

nun sozialer oder nationaler Art sind; die drei Parteien, aus denen sie besteht, waren zuletzt darin einig, daß diese Bestrebungen zu einer Erschütterung des österreichischen Staatswesens in seinen innersten Grundfesten führen würden. Aus dieser negativen Übereinstimmung ergab sich aber alsbald eine positive. Die Mehrheit will alles thun, was zur Erhaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsform dienen, was den innern Frieden wieder herstellen, den Wohlstand der Bewohner kräftigen, die aufgeregten Interessengegensätze mildern kann. Alles Verbindende soll hervorgesucht und gepflegt, alles Trennende zurückgestellt und vermieden werden. Die Verfassung von 1867 erkennen alle an — nicht bloß der ehemaligen deutschen Linken kommt nun der Name Verfassungspartei zu, nein, der gesamten Mehrheit —, aber der nationale Besitzstand, wie er sich im Laufe der letzten vierzehn Jahre, an vielen Stellen zu Ungunsten der Deutschen, gebildet hat, soll unverändert bleiben, die Stellung der Kirche im Staat, ihr Einfluß auf die Erziehung des Volkes nicht weiter geschmälert, zugleich aber auch eine grundsätzliche Abänderung des Schulgesetzes vom Mai 1869 nicht erstrebt werden. Was endlich das wichtigste ist, Adel, Bürgertum und Bauernstand, sie alle sollen in ihrem Eigentum erhalten, der demokratische und der sozialdemokratische Ansturm dagegen mit aller Energie zurückgewiesen werden. Und über dem allen soll das Banner des Reichs und der Dynastie, das in den Kämpfen der letzten Jahre zu sinken und den Streitern zu entschwinden drohte, wieder aufgerollt und entfaltet wehen.

Indem sich nun die drei Parteien, die deutsche Linke, die Konservativen des Hohenwartklubs und die Polen, zu einem solchen Programm einigten, haben sie sich jede scheinbar innerlich sehr stark verändert. Aber es ist nur scheinbar, in der That hatten sie sich längst gewandelt, sie waren keine mehr das, was sie vor zehn oder fünfzehn Jahren gewesen sind.

Zuerst die deutsche Linke, die Liberalen, vordem auch Verfassungspartei genannt. Daß eine deutsch-liberale Parteiregierung jemals in Österreich wieder ans Ruder kommen könne, haben die Verständigen in ihr längst nicht mehr geglaubt; deshalb waren sie den nichtdeutschen Bevölkerungen gegenüber zu Zugeständnissen bereit: den Polen waren unter ihrem eignen Regime die reichsten Zugeständnisse gemacht worden, den Tschechen gegenüber haben sie sich zu jenen Punktationen bequemt, die die Grundlage für den vielberufenen böhmischen Ausgleich hätten bilden sollen; auch dies war ein keineswegs geringfügiges Zugeständnis. Eben wegen dieser nachgiebigen Haltung gegen die nationalen Ansprüche der Slawen löste sich seiner Zeit der Klub der deutschen Nationalpartei unter der Führung Steinwenders von den Deutschliberalen ab. Heute verzichtet allerdings die deutsche Linke auf die Durchführung des Ausgleichs; wie bescheiden auch ist, was sich in nationaler Beziehung aus diesem für sie ergeben würde, sie verzichtet darauf, weil die Stimmung der Tschechen, durch ihre Führer aufs tiefste gegen den Ausgleich aufgeregt, keine Aussicht eröffnet,

daß er auf friedliche Weise vollzogen werden könnte. Dafür hat sie nun aber auch die Bürgschaft, daß es wenigstens zu keinem neuen Angriff auf den Besitzstand der Deutschen in Böhmen oder in den südlichen Alpenländern kommen wird, und diese Bürgschaft ist wohl jenes Opfers wert. Die deutsche Nationalpartei ist zuerst voll Entrüstung über die Nachgiebigkeit ihrer ehemaligen Genossen gewesen und hat sich gerüstet, in die Opposition zu gehen; aber während der Debatte über das Budgetprovisorium trat Steinwender in ihrem Namen mit der Erklärung hervor, daß sie die neue Regierung nicht grundsätzlich bekämpfen werde. Man sieht also, daß selbst die Politiker, die die nationalen Interessen allen andern voranstellen, die Verbindung der Linken mit den Konservativen und den Polen nicht für so bedenklich halten, um sie unter allen Umständen zu bekämpfen.

Auch das liberale Programm der Linken hatte einige Einschränkungen erfahren. Doch auch hier ist es im Grunde nicht so arg, wie es auf den ersten Blick erscheint. Ein großer Teil der Partei bekannte sich eigentlich längst nicht mehr zum orthodoxen Liberalismus, und die Demokraten waren sehr schwach in ihr vertreten; auch vor dem Eintritt in die neue Verbindung hätte man sie kaum mit den Freisinnigen in Deutschland vergleichen können, viel eher mit den Nationalliberalen. Das allgemeine Wahlrecht hat sie freilich mit dem Munde immer bekannt: wie oft mußten wir die Phrase hören, sie seien „im Prinzip“ für das allgemeine Wahlrecht! Aber für das allgemeine Wahlrecht in Österreich in diesem Zeitpunkt, unter den gegebenen Verhältnissen, waren sie nicht, folglich waren sie es überhaupt nicht. Jetzt ist dies offen zu Tage getreten, sie sind Anhänger der Interessenvertretung, die sie so oft aus taktischen Gründen verworfen haben. Es ist aber unserer Meinung nach immer ein Vorteil, wenn eine Partei aufrichtig ist. Daß die deutsche Linke durch die Aufrichtigkeit verloren habe, finden wir nicht. Denn das Schreckbild einer Wahlreform im Steinbach-Taaffe'schen Sinne hat auch die Demokraten um ein paar Grade konservativer gestimmt, und die Leute vom Schlage Kronawetters standen ohnedies den Sozialdemokraten schon sehr nahe, sie waren den Liberalen unangenehme Bundesgenossen, und viele unter ihnen werden Gott danken, daß sie diese Freunde los sind. Unberufene Warner in deutsch-freisinnigen Blättern haben freilich ein großes Geschrei erhoben und gemeint, daß sich der Liberalismus in Österreich selbst aufgebe, indem er sich mit seinen größten Gegnern, den Feudalen und Klerikalen, vertrage; aber damit mag man Kinder schrecken. Gewisse Errungenschaften des Liberalismus — es sind die, die selbst Stahl als wertvoll bezeichnen konnte — stehen heute unerschütterlich fest, und alle feudal-klerikalen Angriffe werden sie nicht mehr vernichten. Dagegen ist die Gefahr, die dem liberalen Bürgertum von der Sozialdemokratie droht, eine sehr reelle, und es ist für sie ein großes Glück, wenn sie im Kampfe gegen diese Gefahr Bundesgenossen findet.

In einem Punkte scheint allerdings die liberale Partei die alte geblieben zu sein: in ihrer blinden Wut gegen die Antisemiten. Wenn sich um die handelt, so verliert sie alle Besinnung und vergißt alle politische Klugheit. Es ist wahr, es sind eigentlich die Zeitungen, die Organe der Partei, die da in erster Linie sündigen. Aber sollten wirklich die Führer in dieser Hinsicht so gar keinen Einfluß haben, sollte es wahr sein, daß diese hier unwiderstehlichen fremden Antrieben folgen? Oder ist der Umstand, daß fast alle Redakteure Juden sind, von solchem Gewicht, daß darüber alle hochpolitischen Erwägungen vergessen werden? Wir verlangen ja nicht, daß die Liberalen die Antisemiten nicht als wirtschaftliche und politische Gegner behandeln sollen — sie sind es nun einmal, und zwischen ihnen ist kein Vertrag: die Antisemiten nennen sich ja auch wohl geradezu Antiliberalen. Aber man muß darum doch nicht bei jeder Gelegenheit, und selbst wenn keine Gelegenheit ist, wie besessen auf sie losfahren, nicht vergessen, daß die Sozialdemokraten doch viel gefährlichere Gegner sind, und daß die Antisemiten wenigstens das eine mit den Liberalen gemein haben, daß sie eine bürgerliche Partei sind. Aber lieber thun die Blätter der Liberalen mit den Sozialdemokraten schön und verzichten darauf, ihnen einen Widerspruch, eine Heuchelei oder eine Gewaltthätigkeit vorzurücken, wenn sie dabei nur den Antisemiten eins versetzen können. Eine Wählerversammlung im Wiener Stadtbezirk, die ihrem Abgeordneten Kronawetter ein Mißtrauensvotum geben wollte, weil er sich für den Taaffeschen Wahlreformentwurf ausgesprochen hatte, wurde eines Tages durch Sozialdemokraten zerstört und vereitelt. Einige Tage später fand irgend eine antisemitische Versammlung statt: sozialdemokratische Arbeiter versuchten einzudringen, wurden aber mit Gewalt zurückgewiesen, einer von ihnen, der sich doch Eintritt verschafft hatte und durch Zwischenrufe die Gefühle der Mehrheit beleidigte, wurde hinausgeworfen. Wir wollen dieses Vorgehen nicht gerade entschuldigen. Aber wäre es für ein bürgerliches Organ nicht sehr naheliegend gewesen, zu sagen: „Seht, die Antisemiten bezahlen euch mit derselben Münze, mit der ihr uns, die Liberalen, bezahlt habt? Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Ihr könnt euch nicht beklagen, denn ihr macht es gerade so.“ Aber davon war keine Rede, die „antisemitische Roheit“ wurde aufs härteste getadelt, über die neuesten Thaten der Sozialdemokraten aber der Mantel der Vergessenheit gebreitet. Wir können uns nicht helfen, wir finden das kleinlich, ungerecht und unklug. Kleinlich, denn es scheint uns nur aus dem Ärger zu entspringen, den die jüdischen Redakteure über die Schimpfreden der antisemitischen Führer empfinden; ungerecht, denn sie messen die Antisemiten mit einem andern, schärfern Maße; unklug, denn die Liberalen können den Sozialdemokraten schmeicheln, soviel sie wollen, sie werden sich bei ihnen nicht den geringsten Dank verdienen. Man lese nur die Blätter der Sozialdemokraten, sie sehen die Antisemiten als Bahnbrecher und Sturmläufer ihrer Partei unter den Kleingewerbetreibenden

den an, von ihnen sagen sie, sie hätten doch hier und da einen gesunden Gedanken, was sie den Liberalen niemals nachrühmen könnten; der Liberalismus, so lassen wir einmal in der hiesigen Arbeiterzeitung, leide an Altersschwäche, und die sei unheilbar. Das liberale christliche Publikum aber wird durch solche Fehler der Presse der Partei immer mehr entfremdet. Wie viele giebt es nicht, die sehr zu den Antisemiten hinneigen, nur ihre Roheit, ihre Verquickung von Demagogie, Klerikalismus oder staatsfeindlichem Nationalismus hat sie bis jetzt abgehalten, sich ihnen anzuschließen. Wenn aber die liberalen Blätter, die Neue Freie Presse an der Spitze, in erster Linie als Organe der Judenthümlichkeit erscheinen wollen, dann werden diese Leute allmählich ins antisemitische Lager übergehen, und was die Antisemiten heute schon mit ungeheurer Übertreibung behaupten, daß Liberalismus und Judentum eins seien, wird dann zur Wahrheit werden.

Über die beiden andern Parteien der Mehrheit können wir uns kürzer fassen. Die konservative Partei hat zunächst durch ihre Verbindung mit den Liberalen unzweifelhaft bewiesen, daß auch sie auf dem Boden der Verfassung steht, d. h. also weder an dem Dualismus, noch an dem Konstitutionalismus zu rütteln beabsichtigt. Die Gleichberechtigung der Nationalitäten, an der sie festzuhalten erklärt, wird ja auch in der Verfassung von 1867 verbürgt, und die Abweichung zwischen ihr und der Linken betrifft in dieser Frage nur die Auslegung. Darüber soll aber zunächst nicht gestritten werden. Was die Schulfrage betrifft, so will diese Partei, die zum Teil ja auch katholisch-klerikal ist, einstweilen von ihrem Plan abstehen, die bestehende interkonfessionelle Volksschule in eine konfessionelle zu verwandeln und die Schulaufsicht wieder den kirchlichen Organen zu übertragen, was notwendig war, um den Liberalen das Bündnis mit ihr zu ermöglichen, denn das Bürgertum in Österreich — und zwar sowohl das deutsche wie das slawische — sieht nun einmal in der sogenannten Neuschule eine kostbare Errungenschaft. Die konservative Partei verzichtet endlich auf ein ferneres Zusammengehen und eine fernere Unterstützung aller extremen Elemente, wie der Jungtschechen oder der Antisemiten, mit denen sie früher nicht selten im Bunde erschienen ist: sie erkennt nun doch in dem liberalen deutschen Bürgertum einen wertvollern Bundesgenossen gegen den revolutionären Ansturm unsrer Tage als in jenen Elementen.

Von den Polen ist, so wichtig sie sind, wenig zu sagen. Bismarck hat ihre Abgeordneten einst als die einzigen politischen Köpfe in der österreichischen Reichsvertretung bezeichnet. Das ist nun wohl nicht mehr der Fall, aber klug sind sie noch immer. Daß der österreichische Staat nicht durch gewagte Experimente zerrüttet werde, daß er seine Kraft beisammen halte und besonders Rußland gegenüber wehrhaft bleibe, ist eine Bedingung ihrer eignen Stellung, ja ihrer nationalen Existenz; dies erkennen sie, und es um panslawistische Ideen willen aufs Spiel zu setzen, kommt ihnen nicht in den Sinn. Der Gegensatz von konservativ und liberal aber ist unter ihnen nie sehr scharf oder doch

nicht politisch sehr wirksam gewesen; sie haben in dieser Beziehung wenig aufzugeben, wenig zuzugestehen oder gar zu opfern.

Die Opposition setzt sich heute eigentlich nur aus den Jungtschechen und den Antisemiten zusammen. Die Jungtschechen sind auch außerhalb Österreichs nur zu gut bekannt: sie sind die größten Chauvinisten Europas, sie vereinigen die entschiedensten Gegensätze — demokratischen Radikalismus und Hineigung zu dem despotisch regierten Rußland —, sie sind die rücksichtslosesten Verächter der politischen Sitte und des politischen Anstands — es soll ihnen unvergessen bleiben, wie sie im vorigen Sommer eine Beschlußfassung der Mehrheit des böhmischen Landtags durch Gepolter, Zerbrehen der Tintenfüßer und Demolirung der Sitze unmöglich gemacht haben. Ihnen hat Prag den Ausnahmezustand zu verdanken, sie haben den Mord des unglücklichen „Rigoletto von Toskana“ auf dem Gewissen. Sie lassen sich mit keiner von den bürgerlichen Parteien in irgend einem Lande Europas vergleichen, wohl aber liegt ein anarchistischer Zug in ihrem Gebahren, an Fanatismus und an Roheit gleichen sie ihren Vorfahren, den Hussiten.

Die Haltung der Antisemiten gegenüber der Koalition läßt sich ebenso wenig begreifen, wie die der Liberalen gegen sie. Darin hatte der sozialdemokratische Abgeordnete Pernertstorfer ganz Recht; die Verbindung verheißt ihnen ja, was sie als den Hauptpunkt ihres Programms aufstellen: Erhaltung der ständischen Gliederung der Gesellschaft. Mit den Konservativen — so sollte man meinen — haben sie sehr viel, mit den Liberalen wenigstens etwas gemein; den Jungtschechen stehen sie völlig fremd gegenüber, nur ein blinder Haß konnte sie zu ihren Bundesgenossen machen. Oder sollte es wahr sein, daß sie im Grunde eine radikale Partei seien, der es nur darum zu thun sei, die Volksleidenschaften gegen alles Bestehende aufzuwühlen? Es scheint beinahe so. Man wende nicht ein, daß sie vor allem die Korruption, die Ausbeutung des Mittelstandes durch das große Kapital, das Manchesterium zu bekämpfen als ihre Aufgabe ansehen. Alles dies könnten sie besser innerhalb der Verbindung — sie fänden dort Bundesgenossen genug. Wir glauben auch nicht, daß die Wähler der antisemitischen Abgeordneten mit deren Haltung zufrieden sind, und bezweifeln, daß sie aus den nächsten Wahlen ungeschwächt hervorgehen werden.

Die Altschechen kommen innerhalb des Parlaments als Partei nicht mehr in Betracht. Der sogenannte Coroninklub, aus einigen Großgrundbesitzern und einigen Vertretern der südlichen Alpenländer bestehend, wird ohne Zweifel die Mehrheit in den meisten Fällen unterstützen, die deutsche Nationalpartei hat das bereits angekündigt. Daß sich neuerdings siebenundsechzig Wähler des böhmischen Großgrundbesitzes unter der Führung des Freiherrn von Leonhardi als Gegner der Koalition erklärt haben, ist nur für den böhmischen Landtag, nicht für den Reichsrat von Bedeutung.

Eine sehr wichtige Frage ist aber nun, ob die neuen Parteiverhältnisse auch einen Rückhalt in der Bevölkerung haben werden. Wir denken: mindestens einen stärkeren als die der „Ara Taaffe.“ Die Deutschen müssen sich freilich erst wieder ein bißchen an den Gedanken gewöhnen, daß sie der Regierungspartei angehören, sie müssen, wie kürzlich der Freiherr von Czedit in einer Vereinsversammlung treffend bemerkte, die kindliche Auffassung aufgeben, als sei dies eine Schande. Die Polen folgen unbedingt ihren Führern, ebenso ein großer Teil der Wählerschaft der Konservativen. Die Tschechen sind so wie so nicht zu gewinnen; nicht das Ministerium Windischgrätz, das Ministerium Taaffe, das ihnen so wohl wollte, war genötigt, den Ausnahmezustand über Prag zu verhängen. Den Sozialdemokraten endlich wird es keine Regierung und keine Verbindung, die aus den besitzenden Klassen hervorgegangen ist, jemals rechtmachen können und — wollen.



Neue Ziele, neue Wege

2. Die Selbsttäuschung der Herrschenden



wei Dinge, sagten wir, seien es, die den Herrschenden die seit 1870 eingetretene Verkümmern der Grundlagen des Reichs und die daraus entspringenden neuen Aufgaben verhüllten. Betrachten wir nun heute diese beiden Dinge genauer.

Das eine ist das nationalliberale Ideal. Der Nationalverein, aus dem die nationalliberale Partei hervorgegangen ist, hat keineswegs die Bewegung fortgeführt, die 1813 das deutsche Vaterland vom Franzosenjoch befreite, und deren Wesen mit den drei Namen: von Stein, E. M. Arndt und Görres ausgesprochen wird. Diese Bewegung war durchaus vollstümlich gewesen, die nationalliberale Partei dagegen ist eine vornehme Partei. Das soll nicht etwa ein Vorwurf für ihre Mitglieder sein — versteht es sich doch von selbst, daß sich bei einem gewissen Grade der gesellschaftlichen Differenzierung die Vornehmen in Denkungsart und Sitte vom gemeinen Manne absondern —, aber man darf es nicht unbeachtet lassen, wenn man ermitteln will, was die Partei im Lande bedeutet und vermag. Eine solche Partei der Vornehmen kann sich als mäßigende Ratgeberin jederzeit sehr nützlich machen, sie kann unter so günstigen Umständen, wie sich ihrer nach 1870 unsre Nationalliberalen erfreuten, eine Zeit lang die leitende Rolle spielen, aber sie kann in einem Staate mit ganz demokratischem Wahlrecht nicht auf die Dauer die Mehrheit